

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Claudia Müller, Anja Hajduk, Kerstin Andreae,
Dr. Danyal Bayaz, Dieter Janecek, Beate Müller-Gemmeke, Stefan Schmidt
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Unternehmensnachfolgen in Deutschland

In Deutschland werden nach unterschiedlichen Schätzungen bis 2022 zwischen 150 000 und einer halben Million Unternehmen ihre Nachfolge regeln müssen. Davon sind mindestens 2,4 Millionen Beschäftigte betroffen. Die Nachfolge zu regeln, bedeutet unter anderem, sich über Finanzbedarf, Unternehmenswert, rechtliche und administrative Fragen, Motivation und Ausrichtung, Einarbeitung, Personalführung und Übergabezeitpunkt klar zu werden und verbindliche Entscheidungen zu treffen. Das Loslassen des Lebenswerks ist für viele Unternehmer und Unternehmerinnen dabei eine besondere Herausforderung.

Besonders in den ländlichen Räumen und in Kleinstädten sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU) oft die größten Arbeitgeber vor Ort und wichtig für Zusammenhalt und Lebensqualität. Doch gerade fernab der Großstädte stellt die erfolgreiche Nachfolge oftmals eine besondere Herausforderung dar. Fachkräftemangel, fehlende Infrastruktur und demographischer Wandel sind in vielen Regionen zusätzliche Hindernisse für eine erfolgreiche Nachfolge. Wenn dann ein Betrieb wegen fehlender Nachfolge stillgelegt wird, gehen oft auch andere abhängige Arbeitsplätze und gewachsene Strukturen unwiederbringlich verloren.

Im Osten Deutschlands steht die Gründergeneration, welche nach der Deutschen Einheit ihre Unternehmen aufbaute oder Betriebe übernommen hat, bald vor dem Rentenalter. Im Gegensatz zu der oft hundertjährigen Erfahrung mit Familienunternehmen in den alten Bundesländern, steht hier eine Vielzahl an Unternehmen vor der ersten Betriebsübergabe ihrer Geschichte. Angesichts dieser anstehenden Welle von Unternehmensnachfolgen stellt sich die Frage, was die Bundesregierung tut, um besonders KMU bei dieser wichtigen Herausforderung besser zu unterstützen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Bedeutung hat das Thema Unternehmensnachfolgen aus Sicht der Bundesregierung in den kommenden fünf Jahren für
 - a) den Wirtschaftsstandort Deutschland,
 - b) den Wirtschaftsstandort Ostdeutschland,
 - c) die Erhaltung bzw. Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse,
 - d) den Erhalt von Arbeitsplätzen?

2. Wie viele Unternehmen sind nach Kenntnis der Bundesregierung seit 2010 aufgrund von Nachfolgeproblemen stillgelegt worden (bitte nach Jahren, Bundesländern und Unternehmensgrößen aufschlüsseln)?
3. Wie viele Unternehmen werden nach Schätzung der Bundesregierung in den kommenden fünf, zehn und fünfzehn Jahren aufgrund von Nachfolgeproblemen stillgelegt werden müssen (bitte nach Bundesländern und Unternehmensgrößen aufschlüsseln)?
4. Sieht die Bundesregierung eine Nachfolgelücke in den kommenden fünf, zehn und 15 Jahren, und falls ja, wie groß fällt diese jeweils aus (bitte nach Bundesländern, Branchen und Unternehmensgrößen aufschlüsseln)?
5. Welche Gründe sind nach Kenntnis der Bundesregierung maßgeblich für das Scheitern von Unternehmensnachfolgen bei KMU in Deutschland relevant?
6. Welche Maßnahmen in welchem Umfang ergreift die Bundesregierung, um erfolgreiche Unternehmensnachfolgen zu unterstützen und Stilllegungen zu verhindern?
7. In welcher Höhe und mit welchen zusätzlichen Programmen und Maßnahmen sollen Unternehmensnachfolgen in den kommenden vier Jahren seitens der Bundesregierung unterstützt werden?
8. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass Gründungsförderungen, welche also einen Businessplan fördern, auch für Betriebsübernahmen, also derivative Gründungen, gegeben werden müssen?
9. Ist nach Ansicht der Bundesregierung bei den Förderprogrammen des Bundes und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), welche sich namentlich an Gründerinnen und Gründer wenden, klar ersichtlich, dass auch potenzielle Unternehmensnachfolgerinnen und Unternehmensnachfolger gefördert werden können, und sieht die Bundesregierung hier Verbesserungsbedarf in der Kommunikation?
10. Welche Förderprogramme des Bundes enthalten Maßnahmen zum Thema Unternehmensnachfolgen?
 - a) Welche Personen und Unternehmen sind jeweils förderberechtigt?
 - b) Wie hoch sind die Mittel, die in den vergangenen fünf Jahren jeweils zur Verfügung gestellt und abgerufen wurden (bitte nach Programm und Jahr auflisten)?
 - c) Wie viele Personen und Unternehmen haben Unterstützung erhalten (bitte nach KMU-Größenklassen aufschlüsseln und Höhe der Mittel pro Größenklasse angeben)
11. Welche Förderprogramme der KfW enthalten Maßnahmen zum Thema Unternehmensnachfolgen?
 - a) Welche Personen und Unternehmen sind jeweils förderberechtigt?
 - b) Wie hoch sind die Mittel, die in den vergangenen fünf Jahren jeweils zur Verfügung gestellt und abgerufen wurden (bitte nach Programm und Jahr auflisten)?
 - c) Wie viele Personen und Unternehmen haben Unterstützung erhalten (bitte nach KMU-Größenklassen aufschlüsseln und Höhe der Mittel pro Größenklasse angeben)?
12. Wie viele Unternehmen haben eine Förderung des Bundes oder der KfW erhalten und sind innerhalb der ersten drei Jahre nach der Betriebsübergabe insolvent gegangen?

13. Welches sind die für die Förderung von Unternehmensnachfolgen zehn volumenmäßig am meisten genutzten Förderprogramme des Bundes oder der KfW (bitte nach Programm, durchschnittlicher Fördermenge, Anteil Kleinst-, Klein- und mittlere Unternehmen an der Förderung aufschlüsseln)?
14. Welches sind die für die Förderung von Unternehmensnachfolgen zehn am häufigsten, also in der größten Anzahl, genutzten Programme des Bundes oder der KfW (bitte nach Programm, durchschnittlicher Fördermenge, Anteil Kleinst-, Klein- und mittlere Unternehmen an der Förderung aufschlüsseln)?
15. Welches sind die zehn volumenmäßig am höchsten ausgestatteten Förderprogramme des Bundes oder der KfW, die explizit auf die Nachfolgeförderung ausgerichtet sind (bitte nach Programm, durchschnittlicher Fördermenge, Anteil Kleinst-, Klein- und mittlere Unternehmen an der Förderung aufschlüsseln)?
16. Welchen Informationsstand hat die Bundesregierung über den Fortbestand von Unternehmen drei, fünf und zehn Jahre nach einer Betriebsübergabe (bitte nach Abwicklung und Insolvenz differenzieren)?
17. Fördert der Bund auch Maßnahmen, welche Nachfolgerinnen und Nachfolger nach der Betriebsübernahme mit Knowhow, Fortbildungen oder Beratungen unterstützt, und wenn ja, um was für Maßnahmen handelt es sich, und welchen monetären Umfang haben diese, und falls nein, hält sie diese für sinnvoll?
18. Fördert der Bund oder die KfW auch Maßnahmen zur Finanzierung der vorherigen Eigentümerinnen und Eigentümer bei Unternehmensnachfolgen, und wenn ja, um was für Maßnahmen handelt es sich, und welchen monetären Umfang haben diese, und falls nein, hält sie diese für sinnvoll?
19. Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, neben der Plattform nexxt-change eine zentrale Anlaufstelle oder ein Portal, welches alle Förderprogramme der Bundesregierung zum Thema Unternehmensnachfolgen vorstellt oder aufbereitet, zu schaffen oder die Plattform nexxt-change selbst zu erweitern, und wenn nein, warum nicht?
20. Über welche Erkenntnisse und über welche Berichte verfügt die Bundesregierung zur Evaluation und Wirksamkeit von nexxt-change?
21. Wie viele Unternehmensnachfolgen sind in den kommenden fünf, zehn und 15 Jahren in den ostdeutschen Bundesländern zu erwarten (bitte nach Unternehmensgrößen, Branchen und Bundesländern, sowie falls vorhanden Anzahl der vermutlich betroffenen Beschäftigten aufschlüsseln)?
22. Gibt es aus Sicht der Bundesregierung Unterschiede in der Nachfolgesituation in den ostdeutschen Bundesländern und den westdeutschen Bundesländern, und wenn ja, welche?
23. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung speziell zur Förderung von Unternehmensnachfolgen in den ostdeutschen Bundesländern ergriffen, und wie unterscheiden sich diese von denen in westdeutschen Bundesländern?
24. Plant die Bundesregierung spezielle Maßnahmen zur Unterstützung von Unternehmensnachfolgen in den ostdeutschen Bundesländern, wenn ja, welche und in welchem Umfang, wenn nein, warum nicht?
25. Welche Maßnahmen hat die KfW nach Kenntnis der Bundesregierung speziell zur Förderung von Unternehmensnachfolgen in den ostdeutschen Bundesländern ergriffen?
26. Plant die KfW nach Kenntnis der Bundesregierung spezielle Maßnahmen zur Unterstützung von Unternehmensnachfolge in den ostdeutschen Bundesländern, wenn ja, welche, wenn nein, warum nicht?

27. Hat die Bundesregierung Kenntnis von Zahlen oder Schätzungen, wie viele der in den nächsten fünf Jahren zur Übergabe anstehenden Unternehmen von Menschen mit Migrationshintergrund geführt werden (bitte nach Unternehmensgröße und Branchen aufschlüsseln)?
28. Wie viele Unternehmen, die von Menschen mit Migrationshintergrund geführt wurden, sind nach Kenntnis der Bundesregierung seit 2010 aufgrund von Nachfolgeproblemen stillgelegt worden (bitte falls möglich nach Jahren, Bundesländern und Unternehmensgrößen aufschlüsseln)?
29. Gibt es zielgruppenspezifische Maßnahmen für Frauen zum Thema Unternehmensnachfolgen, vor dem Hintergrund, dass diese in der Unternehmensführung und Unternehmensgründung bisher unterrepräsentiert sind, oder plant die Bundesregierung hierzu zielgruppenspezifische Maßnahmen, und falls ja, welche und in welchem Umfang?
30. Welche Qualifikationen müssen Unternehmensberaterinnen und Unternehmensberater haben, um Nachfolgeberatung und -begleitung anbieten zu dürfen?
31. Welche Institutionen bieten nach Kenntnis der Bundesregierung Nachfolgeberatung an, und ist dieses Angebot nach Einschätzung der Bundesregierung ausreichend (bitte begründen)?
32. Plant die Bundesregierung Maßnahmen, um neutrale Beratungen oder das Vertrauen in die Neutralität der Beratenden zur Unternehmensnachfolge zu fördern, falls ja, welche und in welchem Umfang, und falls nein, warum nicht?

Berlin, den 5. Juni 2018

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion